

ECHE FINANZHILFEN FÜR KOMMUNEN – JETZT!

Städte und Gemeinden unter den Rettungsschirm des Landes nehmen

Viele Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen leiden unter einer hohen Schuldenlast: Altschulden in Höhe von 21,6 Milliarden Euro schlagen zu Buche, über 100 der 396 Kommunen haben Kassenkredite von 1.000 Euro und mehr je Einwohnerin und Einwohner.

Mit der Corona-Krise drohen allein für das Jahr 2020 weitere finanzielle Belastungen von bis zu 7,2 Milliarden Euro, so Prof. Martin Junkernheinrich, Experte für Kommunalfinanzen. Für das Jahr 2021 sind weitere finanzielle Einbrüche insbesondere bei der Gewerbesteuer zu erwarten. Dabei sind unsere Städte und Gemeinden in der Corona-Pandemie die tragenden Säulen der Krisenbekämpfung.

Wir sind der Meinung: Die Landesregierung muss die Städte und Gemeinden unter den Corona-Rettungsschirm des Landes nehmen. Steigende Kosten aufgrund der Pandemie bei gleichzeitig einbrechenden Einnahmen sind eine Rechnung, die nicht aufgehen kann. Unsere Kommunen brauchen jetzt echte Finanzhilfen!

Unsere Forderungen an die Landesregierung:

- Ausgleich der Gewerbesteuereintrüche nicht nur für 2020, sondern auch für 2021.
- Ausgleich der konjunkturellen Einbrüche von rund einer Milliarde Euro, die den Kommunen im nächsten Jahr weniger über das Gemeindefinanzierungsgesetz zugewiesen werden.
- Erstattung der zusätzlichen Corona-Kosten durch den NRW-Rettungsschirm.

Der Druck ist enorm, denn: Ohne Finanzhilfen des Landes wird der Schuldenberg unserer Kommunen flächendeckend dramatisch ansteigen. Aber die regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP sehen keinen Handlungsbedarf, sie lassen die Städte und Gemeinden in NRW im Stich. So werden unsere Kommunen zu den großen Verlierern der Krise. Das müssen wir verhindern!

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.